

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Vosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kob. Koller, Seidenstein & Pögl & Co.
6. L. Dautz & Co., Javalierwerk.

Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Klugkist in Vosen.
Fernsprecher: Nr. 102

Inserate
werden angenommen
in Vosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Hof. Dr. Sals, Hoflieferant,
Dr. Gerber u. Breiterstr.-Gde.
Hof. Koller, in Firma
J. Hermann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortlicher Redakteur:
J. Salsfeld in Vosen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Vosener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 822

Die „Vosener Zeitung“ erscheint wochentags drei Mal,
am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
am Sonntag und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt wochentags
jährlich 4.50 M. für die Stadt Vosen, 4.45 M. für
den Rest des Reichs. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Donnerstag, 23. November.

1893

Politische Uebersicht.

Endlich hat Herr Bebel einen Eideshelfer für seine verunglückte Taktik in der Gewerkschaftsfrage bekommen. Aber, bezeichnenderweise, hat er sich diesen Mann aus der — polnischen Sozialdemokratie verschreiben müssen. Im Namen des Vorstandes der „polnisch-sozialdemokratischen Partei“ erklärt ein Herr August Verus im „Vorwärts“, daß es in den polnischen Gegenden ein Ding der Unmöglichkeit sei, eine gewerkschaftliche Organisation ins Leben zu rufen. Die hier bestehenden streng katholischen Vereine mit den an ihrer Spitze stehenden Geistlichen verfolgen alles Neue mit allen Machtmitteln. Also müsse zunächst durch politische Propaganda gelehrt werden, die sozialdemokratischen Ideen zu begreifen. Dieser gute Herr Verus thut seinem Freunde Bebel augenscheinlich einen schlechten Gefallen. Denn was für die Polen gelten mag, das braucht nicht für die deutschen Arbeiter zu gelten und thut es auch nicht. Man kann nur wiederholen: Die so wachsende Bewegung in den sozialdemokratischen Massen gegen die inhaltsarme, phrasenhafte, praktisch ganz nutzlose und nebenbei höchst kostspielige wie politische Agitation ist das bedeutendste Ereignis, von dem die Sozialdemokratie seit langen Jahren heimgesucht worden ist, und die Spuren einer politischen Gesundung werden hier von Tag zu Tage bemerkbarer. Die Arbeiter haben es satt, sich von Führern, die die Bedürfnisse und Leiden der Arbeiter garnicht kennen oder schon wieder vergessen haben, mit immer denselben Redensarten verführen zu lassen. Sie wollen unmittelbare Erfolge ihrer Organisation sehen, wie es die mächtigen Gewerkschaften Englands durchzuführen verstehen. Im „Vorwärts“ rechnet jetzt der Führer der deutschen Tabakarbeiter im Kampfe gegen die Fabriksteuer, der Hamburger von Elm, mit Herrn Bebel in einer Weise ab, daß wir uns nicht erinnern, bei Keibereien innerhalb anderer Parteien jemals ähnliche Verhörungen gehört zu haben. Herr von Elm schließt: „In diesem mir persönlich widerlichen Kampfe tröstet mich die soeben eingetroffene Siegesbotschaft der englischen Grubenarbeiter, der schlagendste Beweis der Unhaltbarkeit aller Theorien von der Allmacht der Kapitalkonzentration“. Jeder unbefangene Beobachter wird sagen müssen: Herr von Elm hat Recht, Bebel Unrecht.

In Oesterreich haben die einzelnen Parteien zu dem neuen Koalitions-Ministerium Stellung genommen. Im Klub der deutschen Linken erschienen am Mittwoch die Minister Dr. v. Plener und Graf Wurmbbrand, von den Anwesenden stürmisch begrüßt.

Plener gedachte in einer Rede der Entstehung und der Entwicklung des Koalitionsgedankens, des Rücktritts des Cabinets Taaffe sowie der Bildung des Ministeriums Windischgrätz. Er sowie Graf Wurmbbrand hätten es für die Pflicht gewissenhafter Politiker und zugleich im Interesse der Partei gelegen erachtet, ihre Mitwirkung bei diesen Wandlungen nicht untersagt zu lassen. Die politische Verantwortlichkeit fordere, daß die Partei an den Situationen, die sie geschaffen, selbst Hand anlege. Die Sache sei allerdings in Oesterreich schwieriger als anderswo. Das neue Regime könne sich nur auf die Koalition breiter Parteien stützen. Die hierin liegende Schwierigkeit unterschätze er nicht, er ziehe aber vor, darüber mit gutem Willen hinwegzukommen, anstatt einfach den früheren Zustand oder eine Kombination mit Ausschluß der deutschen Linken herbeizuführen. Prinzipielle Ansprüche könnten weder von rechts noch von links erhoben werden, aber eine Reihe von wichtigen Reformen ließen sich zustande bringen, falls die Regierung von den Koalitionsparteien unterstützt würde. Die Erwartung wäre nicht ausgeschlossen, daß ein frischerer, fräftigerer Zug durch die Verwaltung wieder durchdringe. (Beifall.) Der Redner richtete dann an die Partei die Bitte, die gesamte Regierung zu unterstützen; die Konsequenz dieser Unterstützung würde eine solche Annäherung der großen Parteien sein, wie sie aus einem politischen Zusammenarbeiten überhaupt entstehen könnte. Er appelliere an alte Erinnerungen, alte Freundschaft; wenn der Versuch gelingen solle, so dürfe man nicht gleich beim ersten Anlaß Mißtrauen sich einschleichen lassen und müsse wenigstens im Anfang politische Geduld haben. Dieser Tag bedeute nicht den Abschied, sondern hoffentlich eine glückliche Neuordnung, die sich vielleicht auch nach außen hin zum Wohle des Vaterlandes wirksam und fruchtbar gestalten werde. (Stürmischer Beifall.) Der Handelsminister Graf Wurmbbrand erbat, alsdann die Unterstützung der Partei für das gesammte Kabinett, welches sich in schwieriger Zeit die große Aufgabe der Vereinigung der gemäßigten und staatserkhaltenden Parteien gestellt habe beifällig. Dies sei ein großes Maß von Selbstverleugnung und staatsmännlicher Zurückhaltung seitens der Parteien und der einzelnen Persönlichkeiten voraus. Die Aufgabe bestünde darin, in Fühlung mit der eigenen Partei das Verständnis mit den koalitierten Parteien möglichst zu fördern. Der Minister gedachte alsdann der hohen Verdienste seines Vorgängers im Amte und schloß, das Ziel, die Stärkung der Staatsbürger in dem großen Konkurrenzkampf der Nationen, sei gemäß der Unterstützung aller Patrioten werth. (Lebhafter Beifall.) — Im Klub der Konserverativen dankte der Minister Falkenhayn für das ihm bisher entgegengebrachte Vertrauen, daß das-

selbe ihm auch für die Zukunft zu bewahren und es überhaupt der ganzen Regierung entgegenzubringen. Der Obmann des Klubs, Graf Hohenwart, stellte alsdann den Verlauf der Krise sowie die Bildung des Koalitionsministeriums kurz dar. Der Klub beschloß morgen Abend eine neuerliche Sitzung zu halten und die morgige Erklärung der Regierung zum Gegenstand der Berathung zu machen. — Im Polenklub erklärte der Minister v. Jasowski, der Polenklub habe stets an der Ueberzeugung festgehalten, daß die unumgänglich notwendigen parlamentarischen Majorität weder mit dem Hohenwartklub ohne Linke, noch mit der Linken ohne Hohenwartklub zu Stande kommen könne. Das Kabinett Taaffe sei bemüht gewesen, diese Majorität zu Stande zu bringen, doch seien die hierzu gewählten Mittel nicht entsprechend gewesen. Ihn, den Minister, habe bei Zusammensetzung des neuen Kabinetts der Gedanke geleitet, dem Polenklub die gleiche Stellung wie den beiden anderen Parteien zu erwirken, respektive zu wahren. Damit die geschaffene Koalition lebensfähig erhalten werde, sei es nöthig, daß sich die Parteien nicht nur negativ aneinander reihen, sondern es solle ihnen ein Programm vorgelegt werden, auf welches sie sich einigen wollten. Die Mitglieder des Polenklubs möchten morgen nach erfolgter Erklärung ihre Meinung bezüglich ihres Verhältnisses zur Regierung und zu den Parteien im Klub aussprechen.

Der Minister schloß, die Gefühle unbegrenzter Dankbarkeit für den Kaiser und die konservativen Prinzipien belebten ihn auch heute.

In der französischen Kammer verlas der Ministerpräsident Dupuy eine Erklärung des Ministeriums, welche besagt, das Land habe sich bei den letzten legislativen Wahlen für eine praktische Politik erklärt, welche die aufregenden Fragen theoretischer Diskussionen vermeide. Die Regierung werde die auf Verfassungrevision gerichteten Bestrebungen, die Trennung der Kirche vom Staate, die Abänderung des Wahlmodus, die Einführung einer einheitlichen, inquisitorischen und progressiven Besteuerung bekämpfen.

Wir werden Niemand, der das allgemeine Stimmrecht, das Privateigentum, die individuelle Freiheit und die Freiheit der Arbeit misachtet, als Freund oder politischen Verbündeten anerkennen. Wir werden alle Doktrinen bekämpfen, welche die anonyme Alleinherrschaft des Staates an die Stelle der individuellen Betätigung und der freien Vereinigung setzen wollen. Wir werden nachdrücklich jeden Versuch einer Agitation oder Ausschreitung aller internationalen Umsturzbestrebungen unterdrücken. Wir betrachten das Schulgesetz und das Militärgesetz als festen Besitz und werden diese Gesetzgebung durch soziale Gesetze vervollständigen, besonders in Bezug auf ärztliche Hilfe, hygienische Einrichtungen, Kinderschutz, Sparkasten, Unterstützungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, kooperative Genossenschaften und Arbeiter-Pensionskassen. — In der ministeriellen Erklärung wird ferner mitgeteilt, daß das Budget für 1895 im Anfang des kommenden Jahres vorgelegt werden würde. Dasselbe werde bereits die Vortheile einer Konversion der 4 1/2-prozentigen Rente berücksichtigen, zu deren Durchführung im geeigneten erscheinenden Zeitpunkt die Regierung die Ermächtigung nachsuchen werde. Die aus der Konversion sich ergebenden Ersparnisse sollen im Wesentlichen zur Wiederaufnahme der Schuldenlast Verwendung finden. Das Budget werde verschiedene finanzielle Reformvorschlüsse umfassen. Dem Parlament werde auch die Aufgabe zufallen, die Frage der Regelung der Bank von Frankreich zu erledigen. Auch vergrößernde die Landwirtschaft betreffende Vorlagen würden eingebracht werden müssen. Das Kabinett bereite eine Vorlage betreffend Explosivstoffe und eine andere, betreffend Vereine und Verbindungen vor. Im Innern werde die Regierung auf die Verhütung der Gemütherhinarbeiten und entschlossen die öffentliche Ordnung verteidigen. Im Außern werde der Regierung die Aufrechterhaltung und Vertheidigung der Rechte Frankreichs zur Nichtsichur dienen; sie werde sich die internationalen Beziehungen angelegen sein lassen sowie die Erhaltung des französischen Absatzmarktes und seine Geltendmachung durch Aufrechterhaltung der Privat-Initiative. Frankreich wisse, was es der Republik schulde, die es wieder zu dem 1. Range unter den Nationen zurückgeführt hätte, die es genügend stark gemacht, um aufrichtig vom Frieden sprechen zu können, die ihm endlich nach langer Absonderung Kenntniss von den Sympathien gegeben habe, deren Charakter durch die unvergeßlichen Oktoberereignisse festgestellt und deren Tragweite durch dieselben gekennzeichnet sei. Die Erklärung fordert schließlich das Parlament auf, klar und ohne Rückhalt zu sagen, ob das Kabinett sein Vertrauen besitze.

Die Erklärung wurde mit großem Beifall von der Linken und dem Centrum, aber mit mehrfachen Unterbrechungen Seitens der äußersten Linken und äußersten Rechten aufgenommen. Auch die republikanischen und die gemäßigten Blätter beurtheilen die ministerielle Erklärung günstig, die konservativen tadeln das Programm, billigen aber den Theil, welcher die Sozialisten betrifft, die radikalen Organe werfen der Erklärung vor, daß sie einen verneinenden und aggressiven Charakter habe. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß das Ministerium eine große Majorität für sich haben wird.

Deutschland.

□ Berlin, 22. Nov. [Aussichten der Steuerreform.] Ein wichtiges Stück grundlegender Politik wird

demnächst an einer Stelle gemacht werden, wo man solche Arbeit sonst nicht zu suchen pflegt, nämlich im Seniorensenat des Reichstags. Der preussische Finanzminister wünscht, daß der allgemeine Finanzplan, die Neuordnung des Verhältnisses von Reich und Einzelstaaten, vor den einzelnen Steuergesetzen verhandelt werde. Das Präsidium will Herrn Miquel hierbei entgegenkommen, aber aus den Parteien heraus macht sich lebhafter Widerspruch geltend, sodaß die Sache wohl in gemeinsamen Berathungen des Präsidiums und der Fraktionsvorstände wird erledigt werden müssen. Die anscheinend nur geschäftsordnungsmäßige Frage könnte unter Umständen entscheidend für den ganzen Gang der Steuerreform sein. Zum mindesten wird ihre Behandlung durch die ausschlaggebenden Parteien einen Maßstab für die Aussichten der Finanzreformpläne liefern. Willigt die Mehrheit darin, daß der allgemeine Finanzplan zuerst vorgenommen werde, so wäre das eine indirekte Billigung der Absichten, die mit der Deckung der erhöhten Militärlasten gleichzeitig eine Grenzregulierung zwischen den Reichs- und den Einzelstaatsfinanzen anstreben und zu diesem Zweck etwa 45 Millionen über den Militärbedarf hinaus in Rechnung stellen. Findet der Reichstag, daß man erst durch die Berathung über die Tabaksteuer, Weinsteuer etc. feststellen möge, wieviel Geld überhaupt zur Verfügung da sein wird, und daß erst alsdann etwaige Ueberschüsse zu einer umfassenderen Steuerreform verwendet werden sollen, so kann Herr Miquel seinen allgemeinen Finanzplan lieber gleich einpacken; er wird Makulatur sein. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Mehrheit für das Ganze des Reformplans zu beschaffen wäre, ist niemals groß gewesen, und sie ist in den letzten Tagen noch geringer geworden. Die größte Gefahr für die Miquelsche Reform besteht darin, daß ihre Ablehnung kein unerbittliches Entweder-Oder bedingt. Wer das Ganze ablehnt, der kann immer noch so viel bewilligen, wie zu dem gegenwärtigen Bedarf nöthig ist, und die Vortheile einer Bewilligung des ganzen Planes sind nicht so lockend, daß irgend eine Partei oder gar die Mehrheit Alles daran setzen sollte, diese Vortheile zu erlangen und ihre Wege die gehässige Weinsteuer, den bedenklichen Quittungsstempel und die überhöhen Sätze der Tabakfabriksteuer anzunehmen. Fällt aber auch nur ein einziger Stein aus dem gekünstelten Gewölbe der Finanzreform, so stürzt alles Andere nach. Herr Miquel wird froh sein können und er wird äußerster Geschicklichkeit anwenden müssen, wenn er auch nur so viel erreichen soll, daß die 56 bis 60 Millionen der neuen Militärlasten ohne Abwälzung auf die Einzelstaaten aufgebracht werden.

Die Kaiserin Friedrich, die am Dienstag ihren Geburtstag feierte, nahm am Vormittag dieses Tages die Glückwünsche der allernächsten Familienmitglieder und der Personen ihres Hofes entgegen. Glückwunschkarten und Telegramme waren von Verwandten und befreundeten Höfen, von Vereinen und Korporationen in großer Zahl eingelaufen. Die königlichen Schlösser und prinzipal Palais und zahlreiche Privatgebäude in Berlin hatten zur Feier des Tages Flaggenhissung angelegt.

Die Version, die der Rechtsanwalt Blum über die letzten Kanzlertage des Fürsten Bismarck veröffentlicht, findet in den Kreisen seiner Gestannungsgeoffen ganz und gar keinen Beifall. So beizt sich z. B. die „Köln. Ztg.“, dem schreibfertigen Herrn Blum folgende abfällige Zensur zu ertheilen:

„Das neueste Geschichtswerk von Dr. Hans Blum über „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarcks“ glebt von neuem einen Beweis dafür, wie rasch sich selbst in der modernen Zeit einer weitgreifenden Offenheit eine Legendenbildung vollzieht. Das zeigt sich aus Deutlichkeit bei der Darstellung, die Hans Blum über die Geschichte des Rücktritts des Fürsten Bismarck giebt. Selbst seine Mittheilungen über die thatsächlichen Vorgänge sind zum Theil falsch. So berichtet er z. B.: „Am frühen Morgen des 17. März habe der Kaiser den General v. Hahnke zu Bismarck mit dem Auftrage gesandt, der Kaiser erwarte das Entlassungsgesuch des Fürsten.“ Nun weiß Jeder, der sich um die Geschichte jener Zeit bekümmert hat, daß an jenem Morgen nicht General v. Hahnke, sondern der Chef des Zivilkabinetts Wirklicher Geheimer Rath Dr. v. Lucanus im Auftrage des Kaisers beim Fürsten war, und sein Auftrag ging nicht daraufhin, die Entlassung des Fürsten zu betreiben, sondern ihn zu einem Entwurf zur Aufhebung der damals neu ausgegebenen Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV. vom 8. September 1852 zu veranlassen. Ebenso verfährt Dr. Blum die wichtige Sitzung des Staatsministeriums zu erwähnen, die im Reichskanzlerpalais in den Nachmittagsstunden von 3 bis gegen 5 Uhr am 17. März stattfand, in der Fürst Bismarck seinen endgültigen Entschluß mittheilte und begründete, von allen seinen Aemtern zurückzutreten. Erst nach dieser Sitzung ertheilt der Kaiser von diesem Schritte des Fürsten Kenntniss und erst dann traf er seinerseits diejenigen Maßregeln, die sich für ihn aus diesem Entschlusse des Reichskanzlers ergaben. Daß ferner Dr. Blum die alte Mär aufstellt, der Fürst sei durch seine Kollegen und einige unverantwortliche Rathgeber des Kaisers gestürzt worden, beweist nur, mit welcher Oberflächlichkeit er die Geschichte jener traurigen Tage beobachtet und verfaßt hat. Daß er aber gar noch den Muth hat, als eine bisher unbestrittene Thatsache die Behauptung aufzuführen, daß Minister v. Bötticher, einer der Vertrauten des Kaisers, dem Kaiser gesagt habe: „Wann-

Majestät dem großen Friedrich nachstreben, so müssen Sie vor Allem den Fürsten Bismarck beseligen," das beweist, daß zur Oberflächlichkeit noch eine fast unglaubliche Leichtgläubigkeit tritt. Wir lesen diese Behauptung zum ersten Male, begreifen also nicht, wie Dr. Blum sie als angeblich unbestritten hinstellen kann. Jedenfalls hat eine so widersinnige Redensart je mehr Herr v. Bütticher, noch irgend ein anderer dem Kaiser gegenüber gebraucht. Wer solche Dinge für möglich hält, der sollte wenigstens einen anderen Beruf, als den eines Geschichtsforschers einschlagen. Auch in anderer Hinsicht, namentlich was die elsaß-lothringische Geschichte betrifft, läßt die Darstellung des Herrn Dr. Blum erkennen, daß sie ohne Kenntniß der wirklichen Vorgänge lediglich auf Hörensagen fußt.

Der Uebereifer, den Blum zu Gunsten des früheren Reichskanzlers bei der Abfassung seines Buches entwickelt hat, bekommt ihm, wie man sieht, schlecht genug.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen Rundschreiben des landwirtschaftlichen Ministers v. Heyden vom 16. November betreffend weitere Maßregeln zur Unterdrückung der Maul- und Klauenseuche, welche um so mehr notwendig seien, als im Bezirk Gumbinnen die Verbreitung der Seuche neuerdings erheblich und auch in den Bezirken Königsberg, Breslau, Wiesbaden und Koblenz etwas zugenommen habe.

Die Subkommission der Börsen-enquete-kommission wird nochmals am nächsten Sonnabend zusammen treten, um die Arbeiten definitiv abzuschließen und zugleich diejenigen Materialien zu bezeichnen, die weitere statistische Erhebungen erfordern.

Unter der Ueberschrift „Repräsentation?“ schreibt die „Straß. Post“:

„Der neue Etat soll die im vorigen Jahre abgelehnte Forderung auf Gewährung einer Gehaltserhöhung von 20 000 M. für den deutschen Botschafter in Rom abermals einbringen. Begründet wird dieselbe, dem Vernehmen nach, durch den Hinweis auf den Umfang der Repräsentationspflichten, welche dem Vertreter des Kaisers beim Quirinal obliegen. Wir haben an sich nichts gegen die Forderung. So lange es noch allgemeine Sitte ist, daß die Nationen „repräsentieren“, wie die Privatleute, so lange kann auch das deutsche Reich sich dieser Verpflichtung nicht entziehen. An sich halten wir die Sitte nicht für berechtigt. Der Botschafter soll, wie jeder andere Beamte, durch seine Arbeit imponieren, nicht durch die Güte seiner Küche und seine oder den Glanz seiner Equipagen. Aber die Sitte ist nun einmal da; wir können sie nicht einseitig aus der Welt schaffen; wir müssen also unseren Botschaftern die Mittel gewähren, auf anständigem Fuße „mitzutun“. Wir brauchen nicht gerade an der Spitze der Repräsentation zu stehen, aber wir dürfen auch nicht ganz unten kommen. Wir sind deshalb für Bewilligung der Forderung von 20 000 M. für den Botschafter in Rom. Aber — wir möchten dringend wünschen, daß man sich bei dieser Gelegenheit das ganze Repräsentationswesen einmal etwas genauer ansehen möchte! Unter unseren diplomatischen Vertretern im Auslande, welchen besondere Repräsentationsgelder zugeteilt sind, giebt es eine ganz erhebliche Anzahl, welche die betreffenden Gelder zwar willig annehmen, aber entweder gar keine Gegenleistung dafür prästieren oder doch nur in einem so geringen Umfange, daß es wirklich nicht der Mühe werth ist. Jeder Kenner der betreffenden Persönlichkeiten und Verhältnisse weiß das; es wird en petit comitis auch genug darüber geredet, gepöbelt und geschimpft; aber — es bleibt alles beim Alten. Da muß auf irgend eine Art Abhilfe geschaffen werden! So wenig man von einem Beamten verlangen kann, daß er von seinem Gehalt (d. h. der Bezahlung für seine Arbeit) repräsentirt, so wenig kann man es ihm erlauben, daß er seine Repräsentationsgelder einfach in die Tasche steckt. Das Gehalt gehört ihm; wie er es verwendet, das ist seine Sache. Die Repräsentationsgelder aber werden ihm nur zu dem Zwecke übergeben, daß er sie ausgabe und daß das Deutsche Reich würdig vertreten sei. Wenn er sie nicht zu dem Zwecke verwendet, zu dem er sie bekommen soll, so ist das eigentlich mehr als ungebührlich. Und sollte jedenfalls nicht gebuldet werden! Schlussfolgerung 1) Man trenne bei den betreffenden Positionen ganz genau Gehalt und Repräsentationsgelder; 2) man lege zu, daß die letzteren wirklich auszugeben werden, und zwar nicht zum Besten des Empfängers sondern zur Repräsentation.“

Die Betrachtung bedarf wohl noch einer Ergänzung. Man sollte das ganze „Repräsentationswesen“ auch einmal darauf hin ansehen, ob auf diesen immerhin minderwerthigen Zweig amtlicher Thätigkeit nicht überhaupt viel zu viel Werth gelegt wird. Gegen die gesteigerten Lebensansprüche, gegen den Luxus überall wird mit Recht geeifert; auf dem Gebiete des Repräsentationswesens hörte sich Gelegenheit, die guten Lehren und schönen Theorien durch maßgebendes Beispiel praktisch zu verwerthen. Dem größten Theile unserer höheren Beamten — und gewiß nicht dem schlechtesten — wäre es sehr willkommen, wenn die oft drückende Last übertriebener Repräsentationsverpflichtungen von ihm genommen würde. Eine Umkehr dort würde auch in anderen Kreisen nachwirken, und es ließe sich da, ohne neue Gesetze und ohne Kosten, ein ganz hübsches und — darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, — sehr notwendiges Stück sozialpolitischer Arbeit verrichten. Im Auslande, bei unseren Botschaftern, kann man damit freilich nicht beginnen, sondern nur im Innlande, und hier nicht unten, sondern oben.

* **Sandberg a. W.**, 21. Nov. Der Staatsanwalt Schmidt beim hiesigen Landgericht hat die Berufung an das Landgericht I in Berlin erhalten und dürfte alsbald nach dort hin übersiedeln.

* **Raumburg a. S.**, 21. Nov. Der langjährige Präsident des hiesigen Oberlandesgerichts, Wirkl. Geh. Oberjustizrath Dr. v. Brandenstein, hat seine Entlassung nachgesucht, um in den Ruhestand zu treten. Wie der „N. Br. Ztg.“ zufolge verlautet, ist die Entlassung ertheilt und demselben aus diesem Anlaß der Charakter als Wirklicher Geheimrath, mit dem Titel Excellenz, verliehen.

* **W. B. München**, 22. Nov. [Kammer der Abgeordneten.] Der Antrag der Liberalen, die Steuerfreiheit der Standesherrn aufzuheben, wurde heute mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag des Centrums nach lebhafter Debatte angenommen. Nach letzterem Antrage soll eine Enquete vorgenommen werden über den fiskalischen Umfang dieser Steuerfreiheit, um den Betrag festzustellen, welche für die eventuelle Abhebung innerhalb der verfassungsmäßigen Zulässigkeit erforderlich ist. Der Minister des Innern, Frhr. v. Feilich erklärte, eine solche Enquete werde angestellt werden, dieselbe würde aber in der gegenwärtigen Legislaturperiode kaum mehr abgeschlossen werden können. Ferner betonte der Minister, dem Ausspruch Grillenbergers „noblesse oblige“ gegenüber, es liege hier ein begründeter Rechtsanspruch vor; durch ein freiwilliges Uebereinkommen sei der Zweck des

Antrags leichter erreichbar. v. Pollmar begründete den Antrag der Sozialdemokraten gegen die neuen Reichsteuern. — Fortsetzung der Beratung morgen.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 21. Nov. Die gesammten Steuerbefragungen, über welche der Bundesrath gestern Beschluß gefaßt hat, sind dem Reichstagsbureau bereits zugegangen. Die Vorlagen sollen morgen zur Bertheilung an die Mitglieder kommen. In dem Tabaksteuerentwurf haben im Bundesrath nur die Nachsteuerläge eine Abänderung erfahren, dieselben sind der künftigen Besteuerung gleich gestellt worden; es soll dadurch einer Ueberproduktion vorzubeugen und einer Störung der Fabrikation nach dem Inkrafttreten vorgebeugt werden. Abänderungen eintreten zu lassen, ist der Bundesrath ermächtigt. Gegen das Gesetz stimmte der Bevollmächtigte für Bremen. Die Abänderungen des Gesetzes betr. die Erhebung von Reichsstempelabgaben, welche die Auskünfte, wie am Sonnabend gemeldet, beantragt hatten, wurden genehmigt. In dem Weinsteuergesetzentwurf hat weder die Werthgrenze für die der Reichsteuer unterworfenen Weine (10 M. pro Hektoliter) noch der Steuerfuß eine Abänderung erfahren; in Folge dessen stimmten Baden und Württemberg, nach einigen Angaben auch Hessen gegen das Gesetz. Dasselbe soll am 1. September 1894 in Kraft treten.

L. C. Berlin, 21. Nov. Die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstags (d. h. die mit Hilfe des „Bundes der Landwirthe“ gewählten Mitglieder) tritt am Donnerstag vor Beginn der Plenarsitzung, in der die neuen Handelsverträge beraten werden, zu einer Sitzung zusammen.

Berlin, 21. Nov. Die schon gemeldete Mandatsniederlegung des Reichstagsabgeordneten Warrers Cytronowski wird durch nachstehende Erklärung desselben in der „Neust. Ztg.“ begründet: „Mein Bemühen, eine ausreichende amtliche Vertretung während der Reichstagsitzungen zu finden, ist ohne Erfolg geblieben. Ich habe deshalb am 17. d. M. mein Mandat als Reichstagsabgeordneter für den Kreis Neustadt O.-S. niedergelegt. Dies bringe ich meinen geistlichen und politischen Freunden ganz ergebenst zur Kenntniß.“ Wie erklärlich sein wird, fehlten bei der Entscheidung der Gesamtsitzung des Reichstags über die Militärvorlage am Sonnabend, den 15. Juli d. J., drei geistliche Mitglieder des Centrums, die oberkirchliche Wahlkreise vertreten: die Abgg. Cytronowski, Wolny und Frank, unentschuldig. Als Grund wurde damals in der Presse eine angebliche höhere Berufung bezeichnet, den sonntäglichen Gottesdienst in ihren Gemeinden wahrzunehmen.

Militärisches.

— **Personalveränderungen in der 4. Division.** Pfälzer, Major a. D. und Kommandeur des Landw.-Bezirks Schneidemühl, auf vier Monate zur Dienstleistung beim Korps-Befleldungsamt des 17. Armeekorps kommandirt. Baron v. Blesien, Sek.-St. vom Neumarkt. Drag.-Reg. Nr. 3, von dem Kommando bei der Botschaft in Rom entbunden. Hardt, Hauptm. und Komp.-Chef vom 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49, unter Stellung à la suite dieses Reg., zum Adjutanten des Direktors des Departements für das Inhabitenwesen im Kriegsministerium ernannt. Rudolph, Hauptm. à la suite des 4. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 51 und Komp.-Führer bei der Unteroffizierschule in Wehrich, als Komp.-Chef in das 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49 verlegt. v. Korff-Kroffius, Hauptm. und Komp.-Chef vom 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49, unter Beförderung zum überzahl. Major, als aqareg. zum Inf.-Reg. Nr. 143 verlegt. Raasch, Hauptm. à la suite des 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der 71. Inf.-Brigade, als Komp.-Chef in das Reg. einrangirt. v. Bornstedt, Pr.-St. vom 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49, in das 1. Nassau. Inf.-Reg. Nr. 87, Garthe, Sek.-St. vom Bauen. Jäger-Bat. Nr. 9, unter Beförderung zum Pr.-St. in das 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49, — verlegt. Edner, Lüder I., Pr.-St. vom Pomm. Jäg.-Reg. Nr. 34, kommandirt als Erzieher bei dem Kadettenhause in Potsdam, ein Patent ihrer Charge verliehen. Die Port.-Führ. Wolff, Guse, vom Pomm. Jäg.-Reg. Nr. 34, Gork, vom 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49, Hesse vom Inf.-Reg. Nr. 129, Schnorrenpfell, Polthoff vom Inf.-Reg. Nr. 140, zu Sek.-St. befördert.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin**, 21. Nov. [Prozeß Hugo Löwy und Genossen.] In der heutigen Sitzung wird zunächst der Bankier Paul v. Bernow, bei dem der Angeklagte Löwy eine Reihe von Spekulationsgeschäften abgewickelt hat, bevor er das eigene Geschäft gründete. Der Zeuge bekundet, daß Löwys Konto damals mit einem Gewinn von 2800 M. abgeschlossen sei. Löwys Geschäftsführerin, Frau Basler, habe aber gleichzeitig ein Konto gehabt, welches mit einem Verlust von 1650 M. abschloß. Wenn man die beiden Konten identifizire, so würde demgemäß ein Gewinn von 1200 M. bleiben — Zeuge Kaufmann Jonas: Er habe den Angeklagten Löwy sowie den Kaufmann Götz bei dem Bankier Paul kennen gelernt. Sie hätten sich zusammengethan, um gemeinsam Börsenspekulationen zu machen, in der Weise, daß bald der Eine, bald der Andere als Abwickelender auftrat. Zuletzt habe er seinen Namen hergegeben und sei bei dem Geschäft ein Verlust von 21 000 M. entstanden. Er habe diesen Verlust bedenken müssen, als er aber seine beiden Theilnehmer wegen des auf sie entfallenden Verlustanteils von insgesamt 16 000 M. in Anspruch nehmen wollte, konnte er kein Geld erhalten, sondern mußte klagen. Nachdem Löwy das Bankgeschäft gegründet habe, ist der Zeuge befriedigt worden. Zeuge Emil Cohn, Inhaber eines Bankgeschäfts unter den Linden, hat für Löwys Spekulationsgeschäfte betriebe, die etwa eine Höhe von 200 000 Mark monatlich erreicht haben. Löwy hatte als Unterlage Geld und Wertpapiere hinterlegt. Im März 1891 kam zwischen dem Zeugen und Löwy ein Vertrag zu Stande, wonach der Zeuge die von Löwy aufgegebenen Ordres ausführen sollte, während die Kommanditgesellschaft Löwy u. Co. ihm sämtliche Aufträge, die bei ihr einliefen, zur Ausführung zu überweisen hatte. Jedenfalls sollte Cohn von dem aus den Geschäften erzielten Gewinn einen monatlichen Abzug von 500 M. einbehalten, bis Löwy seine Schuld von 33 000 M., die bei Cohn aus allein abgeschlossenen Spekulationsgeschäften entstanden war, getilgt war. Der Zeuge hat 6000 M. auf diese Weise von der Kommanditgesellschaft Löwy erhalten und dann den Rest seiner Forderung cedirt. Es folgen die Vernehmungen der Zeugen Götz und Bachmann (Kommanditisten des Löwy); alsdann wird die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt. Rechtsanwält Dr. Friedmann (als Zeuge) erklärt, daß Löwy vom Juli 1888 bis Frühjahr 1889 sich in Paris aufgehalten habe. Am 11. März 1890 ist die Firma Löwy u. Co. in Berlin in das Handelsregister eingetragen worden. Auf Befragen des Präsidenten erklärt Löwy, daß Anfang November 1891 Kriminalkommissar Wolff und Bücherrevisor Töpfer mit der Erklärung bei ihm erschienen, gegen ihn seien Anzeigen wegen Unterschlagung eingegangen. Durch Arnould habe er keine Mittheilung erhalten, daß ihm Gefahr droht. Erst einige Tage später, nachdem ich wiederholt vom Kriminalkommissar Wolff vernommen worden war, äußerte v. Arnould seine Bedenken und fragte, welche Sicherheit ich ihm für sein Depot von 100 000 M. geben könne. Ich erwiderte ihm, daß ich weiter keine Sicherheit zur Zeit habe, als

die 80 000 M., welche ich als Guthaben an einem Bergwerk in Waldburg hatte. Ich erbot mich dorthin zu reisen und ihm die Antheilsscheine an den Kuxen zu holen. Diesen Plan führte ich auch aus. Ich bekam nach Waldburg eine Depesche von v. Arnould, worin er mir mittheilte, daß es in Betreff meiner Rückkehr auf einen Tag nicht ankomme, er habe mit dem Kommissar Wolff gesprochen. Ich kam am Donnerstag zurück und wurde am folgenden Tage verhaftet. Angeklagter v. Arnould räumt ein, daß er die erwähnte Depesche an Löwy gerichtet. Er bestreitet, daß er gefürchtet habe, Löwy würde von Waldburg aus einen anderen Weg als nach Berlin einschlagen. Der Präsident macht den Angeklagten v. Arnould darauf aufmerksam, daß derselbe früher angegeben habe, der Zweck der Depesche sei gewesen, Löwy in Sicherheit zu wiegen und ihn zu veranlassen, nach Berlin zurückzufahren. Der Angeklagte v. Arnould giebt zu, daß er diesen Hintergedanken gehabt habe. Kriminalkommissar Wolff, der die ersten Recherchen gegen Löwy geführt, bekundet, daß er seine Verwunderung darüber angedeutet habe, daß Löwy zurückkommen sei. Löwy habe darauf erwidert: „Ja, ich wäre auch nicht gekommen, wenn v. Arnould mir nicht depechirt hätte, es läge nichts gegen mich vor.“ Aus dieser Aeußerung schließt die Anklagebehörde auf das Schuldbewußtsein des Löwy. Die angeklagte Ehefrau Löwy schildert die Verhaftung ihres Gemannes in folgender Weise: An dem betreffenden Morgen sei ihr Mann ohne irgend eine Spur von Erregung nach dem Polizeipräsidium gegangen, um sich vernehmen zu lassen. Sie habe nach seinem Weggange bemerkt, daß er keine Briefstapel vergessen habe, deshalb eine Droschke genommen und sie ihm nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier habe sie vom Angeklagten v. Arnould erfahren, daß ihr Mann soeben verhaftet worden sei. Sie habe den Kriminalkommissar Wolff bändernd gebeten, er möge sie nicht unglücklich machen, sie wollten nächsten getraut. Wolff habe erwidert: „Getraut Sie lieber nicht.“ Konfursmassenverwalter Brindmeyer erklärt, daß sechs Wochen angestrengter Arbeit nöthig gewesen sei, um eine einigermaßen zureichende Aufstellung aus den unordentlich geführten Büchern zu stellen zu können. Es seien in den Büchern 555 000 M. Augenscheine verzeichnet gewesen. Hier von seien aber nur 10 000 M. einzuziehen gewesen, da die Beträge aus Differenz-Geschäften stammten, und das Kammergericht entschieden habe, daß diese Schulden nicht einzulagen seien. Der Konkursverwalter hat Wertpapiere in der Masse nicht vorgefunden, im Geldschrank waren 5 M. 40 Pf. vorhanden. Es habe sich eine Aktiomasse von 18 313 M. herausgestellt. Hier von gingen 6050 M. für bevorrechtigte Forderungen und 5000 M. für Kosten, Miethen u. s. w. ab, so daß nur auf eine Dividende von 1 1/2 Proz. zu rechnen sei. Die Schuldenliste betrage 688 901 M. — Präsi.: Angeklagter Löwy, welche Mittel hatten Sie, als Sie Ihr Geschäft eröffneten? — Angekl.: Ich hatte 60 000 M. baar und 13 725 M. Wechsel. — Präsi.: Was waren das für Wechsel? — Angekl.: Es waren Wechsel von Freunden und Bekannten. — Präsi.: Waren auch Wechsel von Brauereien darunter? — Angekl.: Ich glaube, ein Paar kleine Wechsel. — Präsi.: Wie sind Sie denn nun zu den 60 000 M. gekommen? Sie erhielten schließlich doch nur von dem Gelde, das Sie aus Frankreich mitbrachten. 34 000 Frs. ausbezahlt. — Angekl.: Ich hatte ja auch noch Geld von meiner späteren Frau bekommen. — Präsi.: Wieviel? — Angekl.: Das weiß ich nicht genau. Präsi.: Befinden Sie sich doch. — Angekl.: Ja, es waren 3000 Mark! — Präsi.: Angeklagte Ehefrau Löwy, ist das wahr? — Frau Löwy: Ja, ich habe ihm am 4. oder 5. März 3000 M. gegeben. — Präsi.: Geschenk? — Frau Löwy: Nein, zum Geschäft gegeben. — Präsi.: Angeklagter Löwy, haben Sie denn diesen Betrag als eine Schuld gebucht? Sie können die Schulden doch nicht zu dem Gründungskapital rechnen. — Angekl.: Herr Präsident, die 3000 Mark hatte sich Hugo Löwy, aber nicht die Kommanditgesellschaft geborgt. — Präsi.: Also das meinen Sie? Das ist ja ganz etwas neues. Präsi.: Angeklagter Löwy, wir kommen nun zu einem Kapitel mit der Ueberschrift „Reklame“. Lassen Sie sich mal darüber aus, in welcher Weise Sie Reklame gemacht haben. — Angekl.: Ich habe mich nach spekulationsfähigen Personen umgesehen. — Präsi.: Welche Leute nennen Sie spekulationsfähig? — Angekl.: Nun, Kaufleute, Industrielle, hohe Beamte, Rechtsanwälte u. dergl. — Präsi.: Auch Pastoren und Lehrer? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Haben Sie denn nicht auch Pastoren zu Kunden gehabt? — Angekl.: Jawohl, einige. — Präsi.: Wie kamen Sie zu den Adressen? — Angekl.: Ich wandte mich an eine Firma Wegner, welche mir 40 000 Adressen lieferte. — Präsi.: An welche Sie dann Ihre Cirkulare schickten? — Angekl.: Jawohl. — Präsi.: Nun, dann wissen Sie doch nicht, ob alle die Leute spekulationsfähig waren. — Der Angeklagte Löwy hat sich darauf über die Art der Reklame zu äußern, die er durch die Zeitungen bewirken ließ. Er meint, daß dies in der üblichen Weise geschehen sei. Einige Zeitungen hätten sich allabendlich einen status über den augenblicklichen Stand der Börsenpapiere geholt, der im ersten halben Jahre von ihm selbst, von da ab aber von dem früheren Rechtsanwalt Silbergleit verfaßt war. Ferner wurde in diesen Zeitungen darauf hingewiesen, daß die Kommanditgesellschaft Hugo Löwy u. Co. mit einem geringen Nutzen arbeite. Schließlich seien noch ab und zu längere Artikel erschienen, auf deren Inhalt er stolz sei, denn sie habe er vor den Mexikanern, Griechen u. s. w. gewarnt und dadurch großen Nutzen gestiftet. Silbergleit habe für seine Thätigkeit monatlich 300 Mark erhalten, im ganzen seien mindestens 25 000 Mark jährlich für Reklamen in Zeitungen ausgegeben worden.

Posales.

Posen, 23. November.

p. **Zur Feier des Geburtstages der Kaiserin Friedrich** fanden am Dienstag Abend für die Mannschaften des 2. Leibhüaren-Regiments kleinere Feiern statt. Dieselben wurden in Festsitz im Mancaischen, Rehdanschen, Lauchstädtischen und Tauerischen Lokal sowie im Reichsgarten abgehalten.

r **Am gestrigen Buß- und Bettage**, der bekanntlich in diesem Jahre zum ersten Male am Mittwoch vor dem Todtenfeste gefeiert worden ist, entsprach die Bitterung so recht der Bedeutung dieses Tages: der Himmel war bewölkt und trübe; früh Morgens war Nebel gefallen. Da an diesem Tage zum ersten Male auch die katholische Bevölkerung unserer Stadt das Fest Maria Opferung, welches eigentlich auf den 21. d. M. fällt, aber auf den 22. d. M. verlegt worden war, feierte, so gewann der Tag dadurch die Bedeutung eines beiden Konfessionen gemeinschaftlichen Festtages. Viele Geschäftsläden waren während des ganzen Tages, die der katholischen Inhaber meist während des Vormittags-Gottesdienstes, wie gewöhnlich notwendig, geschlossen, während seit Einführung der Sonntagsruhe viele katholische Kaufleute unserer Stadt sich daran gewöhnt haben, an den spezifisch katholischen Festtagen nur die Schaufenster zu blenden, dagegen die Ladenthüren offen zu halten, um durch die doppelte Einbuße in Folge der Sonntagsruhe und der zahlreichen katholischen Feiertage geschäftlich nicht zu sehr geschädigt zu werden. Der Wochenmarkt fiel auf Grund einer Vereinbarung, welche schon vor einigen Jahren dahin getroffen worden ist, daß an zwei evangelischen und zwei katholischen Feiertagen, welche auf Wochentage fallen: Charfreitag, Buß- und Bettage einerseits, Fronleichnamstag, Allerheiligen-Tag andererseits, kein

Wochenmarkt stattfindet, aus. In hergebrachter Weise waren Abends Vorstellungen im Theater und öffentliche Konzerte nicht gestattet; für den sonstigen Verkehr waren dieselben Bestimmungen, wie für die Sonntags- und Feiertage maßgebend. Die evangelischen Kirchen waren Vormittags, wie gewöhnlich am Fuß- und Bettage, außerordentlich stark besucht; aber auch die katholischen Kirchen, in denen hier zum ersten Mal das Fest Mariä Opferung (d. h. das Fest der Heilung Mariä zum Dienste Gottes und zur ewigen Jungfräulichkeit) gefeiert wurde, waren von Gläubigen überfüllt; die St. Martinikirche war so voll, daß viele Personen außerhalb der Kirche vor dem Haupteingange stehen mußten; und die imposanten Räume der katholischen Pfarrkirche waren bis an die Eingänge vollkommen gefüllt.

p. Muthmaßliches Verbrechen. Am Dienstag ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft auf einem der Kirchhöfe in St. Lazarus die Leiche der vor acht Tagen verstorbenen Frau des Hausbesizers H. exhumirt worden. Die Leiche wurde zur Section nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

x. Falsches Geld. In letzter Zeit sind bei den Postanstalten häufiger falsche Dollarscheine aufgetaucht. Dieselben tragen das Bildniß König Friedrich Wilhelm IV., Münzzeichen A, Jahreszahl 1859 und König Wilhelm von Preußen, A. 1866. Voricht bei der Annahme von Dollarscheinen ist daher geboten.

p. Den wilden Mann. spielte Dienstag Abend im Polizeigefängniß ein Zimmermann, der auf dem Wilhelmplatz wegen ruhestörender Laus verhaftet war. In der Zelle riß er den Ofen um und zertrümmerte das Fensterglas, sodaß die Beamten Gewalt brauchen und ihn fesseln mußten.

p. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden am Dienstag sechs Bettler, fünf Dirnen, ein Obdachloser, ein Arbeiter wegen unbefugten Betretens des Glacis vom Fort Saale und ein Mann, der sinnlos betrunken auf dem Carobladmarkt lag. — Nach dem städtischen Krankenhaus wurde ein Zigarrenarbeiter geschafft, der schwer krank in der Biegenstraße lag. — Gestohlen wurde aus einer verlassenen Bodenstube in der Taubenstraße eine große Kanne mit Petroleum. — Zugelassen ist ein brauner Hund.

Telegraphische Nachrichten.

Riel, 22. Nov. Der Kaiser traf um 9 Uhr Abends hier ein und wurde auf dem Bahnhofe vom Prinzen Heinrich empfangen.

Wiesbaden, 21. Nov. Wie das hiesige „Tagesblatt“ meldet, hat das Landgericht den Einspruch des Amtsgerichts gegen den Verkauf des Bode-Etablissements an die Frankfurter Baufirma Hülsmann für 110500 Mk. aufgehoben. Der Verkauf wäre mithin perfekt geworden.

Lübeck, 21. Nov. Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn macht bekannt: Heute Nachmittag um 2 Uhr wird mit Zug 58 der Betrieb auf der Lübeck-Travemünder Bahn wieder aufgenommen.

Wien, 22. Nov. Wie der „Polit. Kor.“ aus Rom gemeldet wird, beabsichtigt Graf Kalnoth, sich von Florenz nach Venedig zu begeben und von dort direkt nach Wien zurückzukehren.

Rom, 22. Nov. Die Telegraphenbeamten haben überall den Dienst wieder aufgenommen, ausgenommen in Mailand und Venedig, wo der Wiederbeginn des Dienstes morgen erfolgen soll.

Palermo, 21. Nov. Bei dem gestern zu Ehren Rudinis abgehaltenen Banquet hob Rudini hervor, daß die politische Gesundheit das dringendste Bedürfnis, und daß es Pflicht der Staatsmänner und der Wähler sei, eine solche herbeizuführen. Betreffs der politischen Bewegung bemerkte er, daß dieselbe eine vorübergehende Erscheinung sei. Rudini schloß seine Rede mit begeisterten Worten für das Königspar.

Petersburg, 21. Nov. An der Cholera erkrankten bezw. starben: Vom 17. bis 20. November in Petersburg 19 bezw. 6; vom 5. bis 11. November in Sebastopol 1 bezw. 1; in den Gouvernements Batu 35 bezw. 23, Kailich 10 bezw. 9, Obland 35 bezw. 14, Pjulin 6 bezw. 3, Nobilew 19 bezw. 12, Blok 19 bezw. 8, Pflom 7 bezw. 4, Sawalki 15 bezw. 6; am 8. November erkrankte in der Provinz Kurland 1 Person; vom 29. Oktober bis 11. November erkrankten bezw. starben im Gouvernement Wolhynien 217 bezw. 121; vom 29. Oktober bis 11. November in Kiew 212 bezw. 80; vom 12. bis 18. November in Wilna 55 bezw. 18 und in Lomsha 9 bezw. 11. — Nach Meldungen aus Tiflis brach in der vergangenen Nacht in einer dortigen Petroleum-Raffinerie Feuer aus, wodurch diese, sowie drei andere kleine Raffinerien in Asche gelegt und eine fünfte größere theilweise beschädigt wurden. Der materielle Schaden ist bedeutend. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Kronstadt, 21. Nov. In der hiesigen Bucht bildet sich Eis. Der Dampferverkehr zwischen Kronstadt und Petersburg ist eingestellt.

Paris, 21. Nov. [Senat.] Die Regierungserklärung wurde vom Justizminister Guérin verlesen und von der gesamten Linken mit Beifall aufgenommen.

Paris, 21. Nov. Die Kammer war heute stark besucht; es herrschte lebhaftige Bewegung. Präsident Casimir Perier hielt, nachdem er von dem Präsidentenstuhl Besitz ergriffen hatte, eine Ansprache, in welcher er daran erinnerte, daß Frankreich bei dem Empfang der russischen Abgeordneten von einem Gedanken, von einem Gefühl beiseite gelassen sei. Diese Betätigung einer großen moralischen Einheit lege die Pflicht auf, dem Vaterlande die unfruchtbaren Streitigkeiten und die persönliche Unzufriedenheit zu opfern. (Beifall.) Nachdem hierauf der Ministerpräsident die Erklärung verlesen hatte, verlangte Faure (Sozialist) eine Interpellation einzubringen. Ministerpräsident Dupuy stellte den Antrag auf sofortige Debatte; dieser Antrag wurde mit 291 gegen 221 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung vertheidigte Faure die sozialistischen Lehren und behauptete, die ministerielle Erklärung sei eine Kriegserklärung gegen den Sozialismus. Redner brachte eine Tagesordnung ein, in welcher der Regierung ein Mißtrauensvotum ertheilt wird. Ministerpräsident Dupuy trat den sozialistischen Lehren entgegen, in welchen nicht ein Gedanke von Freiheit enthalten sei. Ein besseres Mittel, die Lage der Arbeiter günstiger zu gestalten, seien die Wohlfahrtsinstitute für die Arbeiter weiter auszuweiten und vernünftige Reformen einzuführen. Die Sozialisten machten aus dem Syndikatsgesetz ein revolutionäres Wort, (Proteste) auf der äußersten Linken. Beifall der Linken und des Zentrums.) Hierauf wurde die Interpellation mit 264 gegen 241 Stimmen auf Donnerstag vertagt.

Paris, 21. Nov. Im Ministerrathe unterzeichnete Präsident Carnot heute die Dekrete, durch welche 18 Begnadigungen oder Straferhebungen gegenüber den wegen der Unruhen im Quartier latin Verurtheilten und 400 Begnadigungen von Militärpersonen bewilligt werden. — Nach einer Meldung des „Figaro“ aus Barcelona sind daselbst auf einem Baugrunde 11 Bomben gefunden worden. Dieselben wurden dem städtischen Laboratorium zur Untersuchung übergeben.

Paris, 21. Nov. Das „Journal des Debats“ hatte gestern Abend die Nachricht veröffentlicht, der Prinz Pedro Alcantara,

Sohn des Grafen Eu, sei Mittags mit einem Gefolge von 25 Personen und vielem Gepäck nach Saint Nazaire abgereist, angeblich um sich nach Brasilien einzuschiffen. Gestern Abend erschien nun in der Redaktion des „Journal des Debats“ der Kammerherr der Gräfin Eu, Graf Muritiba, und erklärte, Prinz Pedro Alcantara befinde sich gegenwärtig an der Militärschule in Wiener-Neustadt und habe diesen Aufenthalt nicht verlassen. Es sei also irrthümlich, wenn behauptet würde, der Prinz habe gestern den Zug vom Bahnhof St. Lazare nach St. Nazaire benutzt. Wie aus Wien gemeldet wird, hat der Prinz Wiener-Neustadt nicht verlassen.

Paris, 22. Nov. Heute Nachmittag fanden in dem Palais Bourbon drei Versammlungen von Deputirten statt, um über die gestern begonnene Interpellation zu beraten. In der ersten Versammlung, an welcher 150 regierungsfreundliche Republikaner theilnahmen, wurde beschlossen, dem Kabinett das Vertrauen auszusprechen. Die zweite Versammlung, welche die Deputirten der äußersten Linken umfaßte, beauftragte Pelletan zu erklären, daß das Programm des Kabinetts unzulänglich sei, und eine dahin gehende Tagesordnung einzubringen. Die dritte Versammlung, welche von 75 fortschrittlichen Republikanern gebildet wurde, befandete dieselben Ansichten, wie die äußerste Linke, und beschloß, sich mit derselben über die Einbringung einer Tagesordnung zu verständigen.

London, 20. Nov. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Montreal gemeldet: Drei junge Männer französischer Nationalität, welche im Begriffe waren, das Nelson-Denkmal in die Luft zu sprengen, wurden von der durch einen der Verschwörer von ihrem Vorhaben benachrichtigten Polizei verhaftet. Bei ihrer Verhaftung hatte sie eine Dynamitpatrone bei sich, durch deren Explosion das Denkmal zerstört und die umliegenden Häuser schwer beschädigt worden wären. Unter den Verhafteten, welche sämtlich Offiziere der kanadischen Miliz sind, befindet sich ein Sohn des ehemaligen Premierministers Mercier. Das Attentat wird auf die fortgesetzte Agitation der französischen Presse in Quebec gegen die englischen Einrichtungen zurückgeführt.

Kopenhagen, 22. Nov. Der König hat einen sofortigen Bericht über den Umfang der an der Westküste Jütlands durch die Stürme verursachten Unfälle eingefordert. Zur Unterstützung der Hinterbliebenen und der Geschädigten wurden Subscriptionen eröffnet, an deren Spitze die Prinzessin Waldemar und die Gemahlin des Winterpräsidenten Estrup stehen. An der Börse wurden sofort 850 Kronen gezahlt. Außerdem werden noch weitere private Veranlassungen beabsichtigt.

Rio de Janeiro, 21. Nov. Die argentinische Regierung hat ihren hiesigen Gesandten abberufen, weil er gegen den Willen seiner Regierung nordamerikanischen Schutz angerufen hat. — Der hiesige portugiesische Gesandte ist ebenfalls abberufen, wie verlautet, auf Verlangen der brasilianischen Regierung.

Hamburg, 22. Nov. [Priv.-Telegr. d. „Pos.“] Die „Hamb. Nachrichten“ melden: Fürst Bis-marck, der die letzten drei Monate in Folge seiner Erkrankung vorwiegend liegend hat zubringen müssen, ist jetzt soweit hergestellt, daß er wieder regelmäßig Spaziergänge unternehmen kann. Die Wiedererlangung seines früheren Kräftezustandes macht unter Einfluß der Jahreszeit nur allmähliche Fortschritte. Die Schonungsbedürftigkeit besteht noch innerhalb der gegebenen Grenzen fort, andererseits ist die Hoffnung berechtigt, daß der Winteraufenthalt in Friedrichsruh den Fürsten gesundheitlich soweit fördert, daß er im Frühjahr wieder in den Vollbesitz seiner früheren Kräfte gelangt sein wird. — Die „Hamb. Nachrichten“ enthalten gleichzeitig einen bemerkenswerthen Leitartikel über die Beziehungen Deutschlands zu Rußland im Alten und Neuen Kurse. In dem Artikel wird nachzuweisen versucht, daß die offiziellen Blätter irren, wenn sie annehmen, daß im Jahre 1879 die Drähte zwischen Berlin und Petersburg von Bismarck scharf durchgeschnitten worden seien. Die Schuld an dem jetzigen Zustande mißt der Verfasser nur den Handelsverträgen von 1891 und der jetzigen Polenpolitik bei.

London, 22. Nov. Die „Times“ melden aus Rio de Janeiro vom 17. d. Mts. über Montevideo. Infolge der Explosion eines Geschosses im Fort Lage wurden 1 Offizier und 17 Mann getödtet. Die Aufständischen hatten das Fort Lage genommen.

Washington, 22. Nov. Das Finanzkomitee des Repräsentantenhauses kündigte auf offiziellem Wege an, daß das Eisenetz zur zollfreien Einfuhr zugelassen werde. Die Frage wird im Repräsentantenhause zur Abstimmung kommen.

Handel und Verkehr.

**** Wien, 21. Nov.** Ausweis der Südbahn in der Woche vom 10. bis 16. Nov. 848 666 Kl. Mehreinnahme 921 Kl.

**** Petersburg, 21. Nov.** Ausweis der Reichsbank vom 20. Nov. n. St. *)

Rassenbestand	Rbl.	111 123 000	Zun.	1 960 000
Diskontirte Wechsel	„	28 591 000	Zun.	179 000
Vorschüsse auf Waaren	„	699 000	Abn.	102 000
Vorschüsse auf öffentl. Fonds	„	15 079 000	Zun.	7 463 000
Vorschüsse auf Aktien und Obligationen	„	3 622 000	Abn.	4 434 000
Kontoforrent. Finanzministe-	„	62 938 000	Zun.	16 969 000
rum	„	91 326 000	Zun.	5 282 000
Sonst. Kontoforrenten	„	19 446 000	Zun.	86 000

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 6. November.

**** Petersburg, 21. Okt.** Betreffs der Veritaatlichung der Drel-Wiebscher Eisenbahn verlautet, daß für 10 fünfprozentige Aktien 12 vierprozentige steuerfreie Obligationen eingetauscht werden.

**** Liverpool, 21. Nov.** Die heutige Wollauktion eröffnete in fester Tendenz zu den Preisen der vorigen Auktion. Verkauft wurden 2996 Ballen.

Marktberichte.

Bromberg, 21. Nov. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 120—135 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—117 M., geringe Qualität 108—111 M. Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. Erbsen, Futter- 125—145 M., Kocherbsen 155—165 M., Hafer 152—162 M.

Marktpreise zu Breslau am 21. November.

Festsetzungen der städtischen Marktröhrungs-Kommission.		gute		mittlere		gering. Ware	
		Schö-ster	Mie-brigt.	Schö-ster	Mie-brigt.	Schö-ster	Mie-brigt.
Weizen, weißer		14 20	14 —	13 70	13 40	12 60	12 10
Weizen, gelber	pro	14 10	13 90	13 60	13 30	12 60	12 10
Roggen	100	12 80	12 50	12 30	12 10	11 80	11 50
Gerste		15 80	15 20	14 —	13 —	12 50	11 —
Hafer	Kilo	16 10	15 70	14 90	14 40	14 20	13 90
Erbsen		16 —	15 —	14 50	14 —	13 —	12 —

Breslau, 21. Nov. (Amtlicher Produktendörfer-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gefündigt — Str., abgelas-jene Ründigungscheine —, p. Nov. 128,00 Gd. Safer p. 1000 Kilo — Gefündigt — Str., p. Nov. 100,00 Gd. Kilo 51 p. 100 Kilo — Gefündigt — Str., p. Nov. 48,00 Gd. April-Mai 48,50 Br. 51 p. 100 Kilo.

**** Stettin, 21. Nov.** Wetter: Bewölkt. Temperatur + 3, R. Barometer 768 Mm. Wind: NW.

Weizen unverändert, per 1000 Kilo. loco 135—138 M., per Nov. und Novbr.-Dezbr. 140 M. Br. u. Gd., per April-Mai 146 M. bez. und Gd. — Roggen etwas feker, per 1000 Kilo loco 120 bis 121 M., per Nov. und per Nov.-Dez. 121,5 M. Gd., per April-Mai 126—126,5 M. bez., Br. und Gd. — Gerste per 1000 Kilo loco 140—142 M. — Hafer per 1000 Kilo loco 15 bis 15,5 M. — Rübsel behauptet, per 100 Kilo. loco ohne Faß 46,5 M. Br., per November 47 M. Br., per April-Mai 48 M. Br. — Spiritus ruhig, per 10 000 Liter Proz. loco ohne Faß 70er 31 M. bez., per Nov. und Novbr.-Dezbr. 70er 30,5 M. nom., per April-Mai 70er 32 M. nom. — Angemeldet: nichts. Regulirungspreise: Weizen 140 M., Roggen 122,5 M., Spiritus 70er 30,3 M.

Landmarkt. Weizen 138—140 M., Roggen 122—125 M. Gerste 136—142 M., Hafer 154—153 M., Kartoffeln 30—33 M. Sen 3—4 M., Stroh 28—32 M. (D. S.)

**** Leipzig, 21. Nov.** (W o l l b e r i c h t.) Rammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmutter B. p. November 3,42 1/2 M., per Dezember 3,42 1/2 M., Januar 3,45 M., p. Februar 3,47 1/2 M., per März 3,50 M., per April 3,52 1/2 M., p. Mai 3,55 M., per p. Juni 3,57 1/2 M., p. Juli 3,60 M., p. August 3,62 1/2 M., p. Sept. 3,62 1/2 M., pr. Oktbr. 3,62 1/2 M. — Umsatz 15 000 Kilo.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad
21. Nachm. 2	758,5	N stark	bedeckt	+ 2,3
21. Abends 9	761,5	W stark	zieml. heiter	+ 0,3
22. Morgs. 7	759,3	W stark	bedeckt	- 1,4
22. Nachm. 2	765,3	SW stark	wolkig	+ 1,2
22. Abends 9	751,9	SW stark	zieml. heiter	- 1,3
23. Morgs. 7	749,5	SW stark	bedeckt	- 0,4

*) Von 8 bis 8 1/2 Uhr schwacher Schneefall.

Am 21. Nov. Wärme-Maximum + 2,5° Cels.
Am 21. „ Wärme-Minimum - 1,3° „
Am 22. „ Wärme-Maximum + 1,3° „
Am 22. „ Wärme-Minimum - 2,0° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Nov. Mittags 0,80 Meter
„ „ 22. „ Morgens 0,82 „
„ „ 23. „ Morgens 0,88 „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte. Fonds-Berichte.

* Berlin, 21. Nov. [Zur Börse.] Die „Nat.-Ztg.“ berichtet: Nach der gestrigen außerordentlichen Reglement des Verkehrs bildet die heutige Stille einen Gegenatz. Man konnte voraussetzen, daß Wien sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, die Gefolgschaft Berlins in der Hauffsbewegung, die von Wien ausging, völlig auszunutzen. Allerdings behauptete man hier, daß Wien auch heute als Käufer für Kredit-Aktien und daneben für unsere Sozialwerthe aufgetreten sei. Allein der Erfolg von heute zeigte nicht den Glanz der ersten Tage. Es trat hier an der Nachbörse sogar eine erheblichere Reaktion ein, die mit Gewinn-Realisationen zusammenhing. So stark ist hier die Zuerücksticht noch nicht gemacht, der Wiener Börse durch alle Phasen ihrer Bestrebungen zu folgen. Auffällig bleibt immerhin der plötzliche Rückgang des Goldagio unmittelbar nach dem Eintritt des Herrn von Plener in das Ministerium. Deshalb erscheint vielen dieser Vorgang als ein künstlich herbeigeführter. Es sind meist Deduktionskäufe gewesen, die das Coursniveau hoben und dürfte dies nicht wenig den Rückgang des Agios gefördert haben. Wie in Banken, so fanden auch in Montanwerthen Deduktionen, wenn auch in kleinerem Umfange statt.

Breslau, 21. Nov. (Schlußkurs.) Wenig schwächer. Neue Sproz. Reichsanleihe 85,25, 3 1/2, proz. L.-Pfundbr. 96 60, Konfol. Türken 22,25, Türl. Boote 85 50, 4proz. una. Goldrente 93,75, Bresl. Diskontobank 97,50, Breslauer Wechselbank 95 00, Kreditaktien 204 25, Schle. Bankverein 113 75, Donnerstagsmarkt 91,10, Höfher Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122 50, Oberschles. Eisenbahn 45 50, Oberschles. Portland-Zement 83 00, Schle. Zement 133 00, Oppeln. Zement 99 50, Kramsta 130 00, Schle. Zinkaktien —, Laurahütte 100 75, Beretn. Delfabr. 87 00, Deutscher. Banknoten 161 75, Russ. Banknoten 214 50, Schle. Zement 87 15, 4proz. Ungarische Kronenleihe 89 50, Breslauer elektrische Straßenbahn 116 00.

Frankfurt a. M., 21. Nov. (Effekten-Sozialität.) [Schluß.] Österreich. Kreditaktien 274 1/2, Franzosen, 244 00 1/2, Lombarden 85 1/2, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 148 70, Diskontobank-Rommandit 170 70, Dresdner Bank 131 70, Berliner Handels-Gesellschaft 128 00, Bochumer Gußstahl 110 20, Dortmunder Union St.-Br. 44 00, Gelsenkirchen 139 80, Harpener Bergwerk 127 20, Sibiria 108 50, Laurahütte 100 70, Sproz. Portugiesen 19 00, Italienische Mittelmeerbahn 86 60, Schweizer Centralbahn 113 00, Schweizer Nordostbahn 101 00, Schweizer Union 73 70, Italienische Meridional 108 00, Schweizer Simplonbahn 55 50, Nordb. Lloyd —, Mexikaner 64 40, Italiener 80 20, Abgeschwächt.

Hamburg, 21. Nov. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 274 60, Lombarden —, Diskontobank-Rommandit 170 50, Russische Noten 214 00, Nordb. Lloyd 114 50, Italiener —, Deutsche Bank —, Laurahütte —, Badefahrt —, Dresdner Bank 132 10, Dortmunder —, Dynamit Trust —, Etwas matter.

Paris, 22. Nov. (Schlußkurs.) Matt. Sproz. amortis. Rente —, Sprozent. Rente 98 90, Italien. Sproz. Rente 80 85, 4proz. ungar. Goldrente 94 25, III. Orient-Anleihe 67 60, 4proz. Russen 1889 99 90, 4proz. unfr. Egypter —, 4proz. span. a. Anleihe 60 1/2, tonv. Türken 22 38, Türken-Boote 90 00, 4proz. unfr. Prioritäts-Obligationen 1890 460 00, Franzosen 630 00, Lombarden 225 00, Banque Ottomane 591 00,

Druck und Verlag der Buchdruckerei v. W. Zetter u. Co. (F. Höpfer) in Wien